

Was haben Vertrauen und Sozialkapital mit der Europäischen Union zu tun?

Beobachtungen zur EU-Erweiterung

Klaus Roth, München

Vom 8. bis 11. September 2005 fand in Sofia die zweite Tagung des Forschungsverbundes FOROST¹ zum Thema des sozialen Vertrauens statt. In Fortsetzung der Tagung im slowakischen Smolenice befassten sich in Sofia Juristen, Psychologen, Wirtschaftsgeographen, Historiker, Soziologen und vor allem Volkskundler und Ethnologen aus Bulgarien, Estland, Rumänien, der Schweiz, Serbien, der Slowakei und Deutschland mit dem schwierigen Thema „Soziales Kapital als Ressource auf dem Weg zur EU. Institutionelles Vertrauen und Rechtssicherheit als Voraussetzung der Erweiterung?“ Sie waren Gäste des Ethnographischen Instituts der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften und der New Bulgarian University,² in deren Räumen die Tagung stattfinden konnte.

Der Tagungsort war nicht zufällig gewählt. Nachdem bereits in den neuen EU-Mitgliedsländern Estland³ (2003) und der Slowakei⁴ (2004) Tagungen des Forost-Projekts stattgefunden hatten, galt es in Sofia, die Aufmerksamkeit verstärkt auf jene beiden Länder Südosteuropas zu lenken, deren EU-Mitgliedschaft bereits vertraglich zugesichert war und die dann auch zum 1. Januar 2007 Mitglieder der Europäischen Union wurden. Der genaue Termin des Beitritts stand jedoch zum Zeitpunkt der Tagung noch nicht fest – und die Gründe für diese Ungewissheit waren exakt solche, die unmittelbar mit dem Thema der Tagung

¹ Das vom Verfasser geleitete Projekt „Das Erbe des sozialistischen Alltags: soziale Netzwerke und soziales Vertrauen im Postsozialismus“ war, zusammen mit den an der Tagung beteiligten Projekten von Rainer Arnold, Jörg Maier und Alexander Thomas, Teil der Gruppe „Vertrauen als Voraussetzung wirtschaftlicher und sozialer Integration“ innerhalb des Bayerischen Forschungsverbundes FOROST (Phase 2 „Die Integration des östlichen Europa – Anspruch und Wirklichkeit“, 2003–2005, s. <http://www.forost.de>). Dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sei ausdrücklich für die Förderung der Forschungsarbeiten des Verbundes gedankt.

² Den Leitern beider Institutionen, Račko Popov und Bogdan Bogdanov, vor allem aber Milena Benovska-Sábkova, sei an dieser Stelle ausdrücklich für die Unterstützung bei der Ausrichtung der Tagung gedankt.

³ Die Vorträge der Tagung in Tartu sind veröffentlicht in K. Roth (Hg.): Arbeitswelt – Lebenswelt. Facetten einer spannungsreichen Beziehung im östlichen Europa. Münster: LIT 2006.

⁴ Zu den Ergebnissen dieser Tagung s. Roth 2007.

verbunden waren: In mehreren Kommissionsberichten hatte die EU beide Länder ernsthaft ermahnt,⁵ entschiedener für Rechtssicherheit zu sorgen und den Kampf gegen die allgegenwärtige Korruption erheblich zu intensivieren. Es waren dann Ende 2006 auch genau diese Gründe, die dazu führten, dass die EU den Beitritt mit „Schutzklauseln“ versah, die wiederum in beiden Ländern das Gefühl aufkommen ließen, man sei „Mitglied zweiter Klasse“.

Wie die anderen Transformationsländer auch, befinden sich Bulgarien und Rumänien seit der politischen Wende von 1989 auf dem „Weg nach Europa“. Für die beiden Länder scheint dieser Weg aber etwas länger zu sein und scheint diese Zielvorgabe größere Brisanz zu haben als für die acht Länder des östlichen Mitteleuropa, die 2004 der EU beitraten. Wiewohl den Menschen in beiden Balkanländern natürlich bewusst ist, dass sie geographisch in Europa leben, haben sie dennoch das Gefühl, nicht ganz zu Europa dazu zu gehören. Dieses Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit, das sowohl auf Ausgrenzung (cf. Todorova 1997, Cole 1985) als auch auf Selbstausgrenzung (cf. Čolović 2005; Schubert, Sundhaussen 2007) beruht, bezieht sich also nicht auf das geographische, sondern auf das politische, wirtschaftliche und vor allem kulturelle „Europa“. Gemeint ist ein „Europa“, das nachhaltig geprägt ist durch die Vormachtstellung seines im Westen gelegenen Zentrums (s. Cole 1985: 9–13) sowie durch einen ganzen Komplex von historisch gewachsenen „europäischen“ Verhaltensformen, Rechtsvorstellungen, Werten, Normen, Denkweisen und Geisteshaltungen oder, in anderen Worten, durch eine „*mentalité*“, die von der eigenen „balkanischen“ als different empfunden wird.

Seit dem 19. Jahrhundert sind die Gesellschaften an der südöstlichen Peripherie Europas dabei, sich diesem „Europa“ durch einen Prozess der „Europäisierung“ anzunähern und anzugeleichen (cf. Schubert 2006, Roth 2006). Diese Entwicklung wurde durch die Jahrzehnte der forcierten Einbindung in das sowjetische Machtsystem unterbrochen oder verlangsamt. Heute stellt sich erneut – und weitaus dringlicher – die Frage, ob sich Bulgarien und Rumänien seit 1989 auf dem Weg nach *diesem* Europa befinden. Anders nämlich als früher ist es heute kein fernes und erträumtes „Europa“, kein Sehnsuchtsraum mehr, sondern eines, das in der Europäischen Union sehr konkrete politische Gestalt angenommen hat und das auf *normativen* universalistischen Grundprinzipien beruht, die im *acquis communautaire*, in der Verfassung⁶ und in zahlreichen anderen Dokumenten festgelegt sind. Zu diesen nicht mehr hinterfragten Prinzipien gehört etwa die Tradition des Römischen Rechts und seines Prinzips der Vertragstreue, ein hohes Maß an Rechtssicherheit und eine klare Gewaltenteilung, eine funktionierende Marktwirtschaft und Demokratie, zivilgesellschaftliche Strukturen auf der Basis

⁵ S. den „Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens“ der EU-Kommission vom 26. 9. 2006 (KOM [2006] 549), in dem es wesentlich um die mangelnde Korruptionsbekämpfung in beiden Ländern ging.

⁶ Unabhängig davon, ob diese Verfassung von allen EU-Ländern angenommen ist oder nicht.

von institutionellem Vertrauen und staatsbürgerlichem Engagement der Bürger und vieles andere mehr. Es versteht sich, dass diese Prinzipien nirgendwo in der realen Lebenswelt Europas vollendet abgebildet sind, doch gelten sie weithin als akzeptierte Norm.

Eine der Fragen, die die Teilnehmer der Tagung beschäftigten, war daher die, welche Fortschritte die Gesellschaften Südosteuropas auf dem Wege zu eben diesem „Europa“ gemacht haben und welche zu erwarten sind. Dabei sollten die bisherigen Erfahrungen anderer postsozialistischer Staaten wie Estland, Slowakei, Tschechische Republik oder Ungarn Anhaltspunkte dafür bieten, wie neue EU-Mitglieder nach Jahrzehnten des Realsozialismus auf dem Weg in die EU vorankommen. Im Hintergrund stand zugleich aber auch die Erfahrung der Nachbarländer Griechenland und Serbien, die auch ein osmanisches Erbe haben, sowie auch die Erfahrung Deutschlands mit seinen Spätaussiedlern aus Osteuropa.

Eine weitere Frage war, ob es wirklich die *Gesellschaften* Südosteuropas sind, die sich auf den „Weg nach Europa“ gemacht haben. Oder sind es nur ihre *Eliten*, vor allem ihre westlich orientierten politischen Eliten? Muten diese ihren Völkern vielleicht Veränderungen zu, die sie in diesem Ausmaß kaum bewältigen können und die ihnen vielleicht sogar als Bedrohung ihrer kulturellen Identität erscheinen? Wie weit sind also die „Normalbürger“ in Südosteuropa bereit und in der Lage, den von den Eliten vorgezeichneten „Weg nach Europa“ zu gehen? Kommt es also zu einer „Europäisierung von unten“? Das Beispiel Griechenlands, das schon seit 25 Jahren Mitglied der EU ist, gibt ebenso Anlass zu Bedenken wie die krisenhafte Zuspitzung in mehreren ostmitteleuropäischen EU-Ländern, für die bereits der Begriff „Post-Beitritts-Syndrom“ geprägt worden ist.

Europa wächst heute friedlich zusammen in einer Weise, wie es sie in der gesamten konfliktreichen Geschichte des Kontinents noch niemals gegeben hat. Es wächst zusammen zu einer *politischen Union*, zu einem gemeinsamen *Rechtsraum*, zu einem gemeinsamen *Markt* – und bei aller Vielfalt der Kulturen soll es auch zu einem gemeinsamen *Kulturraum* zusammenwachsen. Es ist freilich ein Kulturraum, der auf den oben genannten „westlichen“ Vorstellungen und Prinzipien basiert. Für Südosteuropa ergibt sich hieraus die Frage, ob diese – wie das Beispiel Griechenlands zeigt – von vielen Menschen als fremd empfundene Kultur wirklich in ihrer Essenz akzeptiert oder ob sie nur formell rezipiert wird, da sie als ein Verlust an kultureller Eigenart empfunden wird. Kommt es also in Bulgarien und Rumänien in der Bevölkerung lediglich zu einer oberflächlichen Europäisierung und zu jener ausbeuterischen „Mitnahme-Rationalität“ wie in Griechenland, bei der die Menschen von der EU grenzenlose Transferzahlungen erwarten und gleichzeitig „das Europäische“ ablehnen, bei der sie fest auf dem „Eigenen“ beharren und sich weigern, die Regeln der EU einzuhalten (s. Lauth-Bacas 2004)? Oder kommt es zu jener mentalen Annäherung an „Europa“ und seine Werte, die eine frühere rumänische Regierung per Gesetz verordnen wollte?

⁷ In einer Rede in München sagte der ehemalige rumänische Justizminister und Vizepremier Valeriu Stoica 2000, eines der nächsten wichtigen Gesetzesprojekte seiner Regie-

und zu der sich, in der Befragung von Magdalena Elchinova (2004: 50–52), bulgarische Studenten bereit erklärt? Was aber ist das „Eigene“ in Südosteuropa? Die Ethnologin Jutta Lauth-Bacas fand in der griechischen Bevölkerung erheblichen Widerwillen gegen die EU und die „Europäer“, die als „unauthentisch“ und „kalt“ gelten und deren Lebensgestaltung als weitgehend inkompatibel mit der eigenen empfunden wird. Was aber ist das „Eigene“, das „authentisch“ Griechische, Bulgarische oder Rumänische, das den „importierten“, „von oben aufgezwungenen“ europäischen Standards entgegengesetzt wird?

Jeder Versuch, diese Fragen zu beantworten, muss notgedrungen die tatsächliche Alltagskultur und die soziale Logik des Alltagslebens in Südosteuropa in den Blick nehmen. Da es sich hier um überaus komplexe und vielschichtige Phänomene handelt, möchte ich mich hier auf drei Aspekte konzentrieren, die nicht nur für das Thema dieses Bandes, sondern für die gesamte soziale Logik der Gesellschaften und ihre Alltagskultur grundlegend sind. Sie alle sind zu einem erheblichen Teil Folge von Jahrhunderten von Fremdherrschaft und Jahrzehnten staatssozialistischer Herrschaft. Es sind, das sei ausdrücklich betont, keineswegs Elemente „ewiger, unveränderlicher Nationalcharaktere“, sondern es sind Folgen langfristiger und zum Teil traumatischer historischer Erfahrungen, die Teil des kulturellen Systems und damit auch der Identität geworden, aber dennoch wandelbar sind.

1. Die fünf Jahrhunderte osmanischer Fremdherrschaft haben in Südosteuropa ein Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Individuum erzeugt, das sich sehr deutlich vom westeuropäischen Modell unterscheidet. Dem als fremd und feindlich empfundenen Staat und seinen Institutionen wurde mit abgrundtiefem Misstrauen begegnet, die Dichotomie zwischen „denen da oben“ und „uns hier unten“ war für Jahrhunderte konstitutiv. Entstanden ist, in den Worten von Christian Giordano (2007), eine „Kultur des öffentlichen Misstrauens“ gegenüber dem Staat und seinen Institutionen, wie man sie etwa auch in Südalien antrifft. Die Tragik Südosteuropa ist, dass diese eingeschliffenen Haltungen und Handlungsweisen gegenüber dem Staat keineswegs mit dem Ende der Fremdherrschaft im 19. Jahrhundert verschwanden, sondern auf die eigenen, demokratisch legitimierten Regierungen und ihre Institutionen übertragen wurden. Die alte Dichotomie *fremde Herren – wir* wurde lediglich ersetzt durch die Oppositionen *Elite – Volk* und *Stadt – Land*⁸. In der Zeit des Sozialismus war es dann die Dichotomie zwischen der „*Partei*“ bzw. „*Moskau*“ und „*uns*“.

Die Folgen dieses Staats- und Institutionenverständnisses waren – und sind bis heute – gravierend. Von grundlegender Bedeutung ist auf Seiten der „Mächtigen“ ihr Verhältnis zur und ihr Umgang mit Macht und Recht. Beide gelten weit-

rung sei die „Reform der Mentalität der Rumänen“. Ähnlich optimistisch äußerte sich Marian Lupu, Moldaus Parlamentspräsident, in einem Interview über den „Mentalitätswechsel in der Gesellschaft hin zu den europäischen Werten“ (FAZ vom 30. Mai 2007, S. 8).

⁸ Zur verhängnisvollen politischen Relevanz der Stadt-Land-Dichotomie auch nach 1989 s. Creed 1995.

hin nicht als Mittel zur Förderung des *Allgemeinwohls*, sondern als Ressource zur Durchsetzung partikularer, zumeist familialer Interessen. Das änderte sich nur teilweise in der sozialistischen Periode, als die Macht und das Recht zwar primär der Durchsetzung ideologisch-politischer Ziele dienen sollten, zu erheblichen Teilen aber auch den Interessen der Nomenklatura untergeordnet waren. Aus diesen überkommenen Verständnis von Macht und Recht als dem Privileg der Mächtigen und Vermögenden folgt zum einen, dass *Rechtssicherheit (rule of law)* für die meisten Menschen nur partiell gegeben war und ist, und zum andern, dass die Grenzen zwischen politischem und wirtschaftlichem Handeln, Klientelismus und Kriminalität fließend waren und sind. Die große Mehrheit der Bulgaren und Rumänen hält – laut Umfragen – die politische Klasse und das Rechtssystem für sehr korrupt.

Auf Seiten der Bevölkerung hat die geringe Rechtssicherheit nicht nur zu Formen des privaten, nicht-kodifizierten Rechts, sondern vor allem zu einem ganzen Komplex von Praktiken und Strategien des Umgangs mit Herrschaft und Recht geführt. Es sind Partikularinteressen dienende Strategien der *Widerständigkeit*, des listigen und erfindungsreichen Umgehens von Gesetzen und Praktiken der nur äußerlichen, scheinbaren Befolgung von Vorschriften (vgl. Wolf 2005). „Das Leben ist eine Schranke,“ sagt ein bekannter bulgarischer Spruch, „die Löwen springen über sie hinüber, die Schlauen kriechen unter ihr durch und nur die Dummen bleiben vor ihr stehen.“ Die „Dummen“, das sind jene Rechtschafenen, die sich an Gesetze und Vorschriften halten, seien es jene des eigenen Staates oder seien es jene der EU. Es war dieser starke defensive *Eigensinn* der Beherrschten gegenüber jeder Form staatlicher *Herrschaft*, der letztlich sogar dazu beitrug, das sozialistische Herrschaftssystem zu „zähmen“ (s. Creed 1998, Roth 1999). Das Paradox besteht in den Transformationsländern allerdings darin, dass die Menschen von eben diesem abgelehnten Staat gleichzeitig – wohl als Erbe des Sozialismus – jede Art von Unterstützung und paternalistischer Fürsorge erwarten. Die Mediendiskussionen in Bulgarien und Rumänien machen bereits deutlich, dass diese Erwartungshaltung sich zunehmend auf die Europäische Union überträgt.

2. Menschen und Gesellschaften können, so wissen wir aus der Soziologie, nicht ohne *Vertrauen* existieren. Vertrauen als „Zutrauen zu eigenen Erwartungen“ ist ein „elementarer Tatbestand des sozialen Lebens“, denn der Mensch könnte „ohne jegliches Vertrauen ... morgens sein Bett nicht verlassen. Unbestimmte Angst, lähmendes Entsetzen befieLEN ihn. Nicht einmal ein bestimmtes Misstrauen könnte er formulieren und zur Grundlage defensiver Vorkehrungen machen; denn das würde voraussetzen, daß er in anderen Hinsichten vertraut“ (Luhmann 2000: 1). Luhmann und andere Autoren unterscheiden deutlich zwischen persönlichem Vertrauen und abstraktem Vertrauen in Institutionen oder Systeme. Da die Menschen in Südosteuropa aufgrund ihrer historischen Erfahrung dem Staat und seinen Institutionen nicht vertrauen, also ein sehr geringes institutionelles oder „Systemvertrauen“ haben, legen sie ihr ganzes Vertrauen in persönliche soziale

Beziehungen und Netzwerke, also in Familie und Verwandtschaft, in enge Freunde und Kollegen.⁹ Diese werden damit nicht nur zum dominanten Bezugsrahmen, sondern auch zur wichtigen Ressource des Alltagshandelns. *Soziales Kapital* wird vom Individuum also primär gewonnen über informelle, persönliche Beziehungen und partikularistische Netzwerke,¹⁰ weit weniger über formelle Beziehungen, Funktion und Leistung. Die Folgen der Dominanz der persönlichen Beziehungen bzw. der starken Personalisierung aller Beziehungen in allen Bereichen der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind auf der einen Seite engste zwischenmenschliche Kontakte, intensive Kommunikation, soziale Nähe und gegenseitige Hilfe; auf der anderen Seite der Medaille steht allerdings ein oftmals extremer Familismus und Nepotismus sowie ein ausgeprägtes Beziehungswesen und Klientelismus in fast allen gesellschaftlichen Bereichen. Neben der „kleinen Korruption“ als „normalem“ Alltagshandeln (s. Benovska 2005) gibt es eine nahezu endemische (und von der EU scharf kritisierte) „große Korruption“ derer, die sich in Macht-positionen befinden, heute etwa in Ministerien, die EU-Mittel administrieren (s. Petrova, Roth 2006). Eine Folge dieser sozialen Logik ist, das sei noch ange-merkt, auch eine ausgeprägte „Kultur des Neids“.¹¹

3. Hervorzuheben ist noch ein dritter Punkt, der für die gesellschaftliche Rezeption von Neuem und Fremdem entscheidend ist. Aus der Soziologie bekannt ist das Phänomen des „cultural lag“, die Tatsache nämlich, dass neue *Objektivatio-nen* stets schneller in ein kulturelles System Eingang finden als neue *Subjektivati-onen*. Nach Jahrhunderten der weitgehenden Isolation und Stagnation kam Südosteuropa im 19. Jahrhundert in direkten Kontakt mit der westlichen Moderne, sowohl in Form von Objektivationen (in Form von Stadtplanung, Architek-tur, Möbel, Kleidung, Institutionen, Gesetzen, Mode, Theater, Literatur und „modernen“ Verhaltensweisen) als auch in Form von Subjektivationen (in Form von Werten und Normen, Ideen, Vorstellungen und Überzeugungen). Die Dis-krepanz in der Rezeption beider Elemente scheint in Südosteuropa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts besonders stark ausgeprägt zu sein, denn von zahllosen einheimischen wie ausländischen Beobachtern ist immer wieder kritisiert worden, dass die Menschen dort von „Europa“ lediglich die äußere Hülle, nicht aber den Kern übernehmen. Symbol dieser nur oberflächlichen Modernisierung, die die Fassade mit dem Wesen gleichsetzt, ist in Bulgarien Aleko Konstantinovs Rosen-ölhändler *Baj Ganjo*, den vermeintlich bereits die „belgische Pelerine“ zum perfekten Europäer machte. Die europäisierende Verbürgerlichung war in Südost-europa zu einem großen Teil eine nur äußerliche der Form, keine mentale des Inhalts (cf. Roth 1995). Vorherrschend blieb im Volk, aber auch in Teilen der

⁹ Zur Bedeutung der sozialen Netzwerke siehe den Band Roth 2007.

¹⁰ Hierfür gibt es in den betreffenden Sprachen eigene feste Begriffe, z. B. im Bulgari-schen *vrăzki* und *vrăzkarstvo*, im Serbischen *veze i pozanstvo*, usw.

¹¹ Diese kam etwa in dem neidvoll-kompetitiven Verhältnis zwischen Rumänien und Bulgarien in den Jahren vor dem EU-Beitritt deutlich zum Ausdruck.

Elite eine ambivalente Haltung gegenüber „Europa“: einerseits eine mentale Distanz, die sich in antieuropäischen Diskursen und in der Ablehnung der „Westler“ äußerte, andererseits und gleichzeitig eine bedingungslose Verehrung und Imitation alles „Europäischen“.¹² Diesem „Europäischen“ gegenüber empfindet man sich als teils nahe und teils fern oder fremd: Bis heute kauft man in Südosteuropa „Kleider aus Europa“ und „fährt nach Europa“, wenn man nach Wien, München oder Paris reist, vergisst aber gleichzeitig – vor allem im öffentlichen Raum – nie zu betonen, dass man sehr wohl „Europäer“ sei. Der raschen äußeren Anpassung an „Europa“, und das heißt heute konkret an die EU, und der Nutzung ihrer Ressourcen steht eine verbreitete emotionale Ablehnung zentraler Werte und Prinzipien „Europas“ gegenüber. Diese ambivalente Haltung kommt gut in dem populären bulgarischen Sprichwort „Daj mi pari, no ne mi daj akăl“ (Gibt mir Geld, aber mach mir keine Vorschriften) zum Ausdruck. Das Problem ist allerdings, dass „Brüssel“ per *acquis communautaire* ständig „Vorschriften“ macht und machen wird.

Welches also wird der *Entwickelpfad* Rumäniens und Bulgariens in der Europäischen Union sein? Aufgrund ihres *doppelten* Erbes, ihrer leidvollen osmanischen und ihrer sozialistischen Erfahrung, stellt die Europäische Union für beide Gesellschaften gewiss eine spezifische Herausforderung dar – und umgekehrt. Denkbar sind für die Zukunft zwei Szenarios, ein negatives und ein positives.

Nach dem *negativen* Szenario wird es in Bulgarien und in Rumänien – ähnlich wie in Griechenland – zur Herausbildung und Verfestigung einer ausbeuterischen „Mitnahme-Rationalität“ gegenüber der EU kommen, einer Haltung, die „Brüssel“ als eine weitere Fremdherrschaft auffasst und ihr genauso misstraut wie einst der osmanischen Herrschaft und den Kommunisten, die alle Transferzahlungen freudig akzeptiert, ohne dabei Schritte zu einer wirklichen, mentalen Annäherung an „Europa“ und seine rechtlichen, staatlich-politischen, sozialen und kulturellen Traditionen zu unternehmen. Der partikulare Egoismus und die Verantwortungslosigkeit des Einzelnen, der Kleingruppen und auch der politischen und wirtschaftlichen Eliten gegenüber dem Staat und dem Gemeinwohl würde noch zunehmen, und die Akkumulation von *sozialem Kapital* würde weiterhin allein über persönliche, informelle Netzwerkbeziehungen erfolgen.

Nach dem *positiven* Szenario wird es in Bulgarien und in Rumänien durch die normative Kraft des Faktischen, vor allem durch die strikten Vorgaben der EU, und aufgrund einer „strukturellen Amnesie“ langsam zu einer wirklichen Europäisierung, zu einer Kompatibilität zwischen „Europa“ und dem identitätsstiftenden „Eigenen“ kommen, wird also Südosteuropa in der Vielfalt der Kulturen Europas seinen eigenen positiven Ort finden und definieren können. Bei diesem tiefergehenden Wandel in Richtung auf „Europa“ und seine Werte und Normen wird es für Bulgarien und Rumänien hilfreich sein, dass dort die gesellschaftliche

¹² Zu den pro- und antieuropäischen Haltungen in Südosteuropa s. Schubert, Sundhausen 2007.

Rolle der orthodoxen Kirche relativ schwach ist – im Unterschied zu Griechenland, wo sie eine z. T. ausgesprochen antiwestliche Haltung demonstriert. Beide Länder haben zudem 1989 einen radikalen Systembruch erlebt, der – gerade für die jüngeren Generationen – die Chance eines Neuanfangs und der Offenheit für neue Paradigmen bietet. In beiden Ländern gibt es Anzeichen für das langsame Anwachsen des Vertrauens in Institutionen, vor allem in westliche Firmen und Organisationen, ein Vertrauen, das allerdings auch rasch wieder zerstört werden kann. Anzeichen gibt es auch dafür, dass *soziales Kapital* zunehmend auch über formelle Beziehungen und Leistung erworben werden kann. Hilfreich kann für Rumänien zudem sein, dass Siebenbürgen und das Banat als Teil des einstigen Habsburger Reiches ein weniger traumatisches historisches Erbe haben.

Welches der beiden Szenarien aus Sicht der EU wünschenswert ist, das liegt auf der Hand. Dass es zu dem optimistischen Szenario kommt, dazu können in hohem Maße die Bildungseinrichtungen beitragen. Es wird sehr darauf ankommen, wie die künftigen Eliten der neuen EU-Mitgliedsländer an den Universitäten auf „Europa“ vorbereitet werden. Von besonderer Relevanz ist die Frage, ob die sehr zahlreichen Studenten aus Südosteuropa, die an westeuropäischen Universitäten studieren, nachhaltig als *change agents* wirken und so zu einer – im Sinne der EU – positiven Entwicklung beitragen werden.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes lassen in Hinsicht auf das positive und das negative Szenario kein einheitliches Bild erkennen. Dem Beharren bei traditionellen Denk- und Verhaltensweisen stehen hoffnungsvoll stimmende Entwicklungen etwa im Bereich der Wirtschaft oder in der Jugend gegenüber.

Der Band ist thematisch gegliedert in vier Teile, wobei sich dem komplexen Thema Vertrauen und Sozialkapital zuerst in allgemeinerer Form der Psychologe *Alexander Thomas* mit dem Thema „Vertrauen als soziales Kapital aus psychologischer Sicht“ auseinandersetzt und dann der Ethnologe *Christian Giordano* unter dem Titel „Sozialkapital aus sozialanthropologischer Sicht“ die in der Soziologie vorherrschenden Auffassungen von Vertrauen und Sozialkapital kritisch beleuchtet und zu neuen Bestimmungen gelangt.

Angesichts der immensen Bedeutung der EU als gemeinsamer *Rechtsraum* hat die Beziehung zwischen „Vertrauen und Recht“ in der Tat grundlegende Bedeutung. Da aus den neuen Mitgliedsländern noch keine Daten zur effektiven Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht und vor allem in die Rechtspraxis vorliegen, mussten sich die juristischen Beiträge dieses Bandes primär mit den normativen Vorgaben der EU befassen. In bisher noch nie so präzise dargestellter und umfassender Form wendet sich der Verfassungsjurist *Rainer Arnold* dem „Vertrauen als Verfassungsbegriff in rechtsvergleichender Sicht“ zu, wobei er von der „alten“ EU ausgehend auf die neuen Mitgliedsländer des östlichen und südöstlichen Europa ausgreift. Sein Beitrag ebenso wie jener von *Christina Tasseva* zur „Verfassungsgerichtsbarkeit als rechtliches Instrument der Vertrauenssicherung“ ist eher rechtstheoretisch und zielt auf die normative Seite des europäischen Verfassungsrechts, während die bulgarische Sozialrechtlerin *Krasimira*

Sredkova in ihrem Beitrag „Rechtsgarantien der sozialen Sicherheit in Bulgarien auf dem Weg zur Europäischen Union“ nicht allein die normative Seite des Sozialversicherungsrechts, sondern ansatzweise auch die Probleme bei dessen Umsetzung behandelt.

In ähnlicher Weise spielt Vertrauen auch in der EU als *Wirtschaftsraum* eine entscheidende Rolle. Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem wirtschaftlichen Handeln in den neuen EU-Mitgliedern Ungarn und Tschechische Republik stellen die Wirtschaftsgeographen *Jörg Maier* und *Patrizia Schläger-Zirlík* die „Netzwerkbildung zwischen Unternehmen in Transformationsländern“ anhand von Befragungen und Expertengesprächen in Sü dungarn und Westböhmen dar, während *Tanya Chavdarova* in ihrem Artikel „Towards a Europeanisation of National Economic Cultures: Between West and East or between North and South?“ die Frage der Unterschiede zwischen den „westlichen“ und „balkanischen“ Geschäftskulturen aufwirft und anhand von Interviews mit bulgarischen und „westlichen“ Managern eine positive Entwicklung hin zu einer (gegenseitigen) Anpassung erkennt. Demgegenüber wertet *Ivanka Petrova* in ihrem Beitrag „Aufbau von sozialem Kapital im sozialistischen und postsozialistischen Betriebsumfeld“ die Memoiren des langjährigen Direktors der bulgarischen Staatsunternehmens „Bulgartabak“ aus und kann diesen als eine Person charakterisieren, die es meisterhaft verstand, in allen Bereichen hochgradig personalisierte Beziehungen und Netzwerke aufzubauen und äußerst geschickt zu nutzen. In ganz ähnlicher Weise gelingt es *Cerasela Radu-Voiculescu* in ihrem Artikel „Farm Management in Southern Romania: Exchange Networks, Forms of Trust, and Rent Strategies“, das Funktionieren und die Wirkmächtigkeit von persönlichen Netzwerken der Direktoren einstiger landwirtschaftlicher Kooperativen weit über die politische Wende hinaus in ihrer Kontinuität zu beschreiben. *Cosmin Radu* schließlich packt in seinem Beitrag „Moving‘ the Border to the West: Paradoxes of Europeanization and Transmigration at the Romanian-Serbian Border“ die (bereits vor dem EU-Beitritt) schwierige Problematik der EU-Außengrenzen im Spannungsfeld von traditioneller grenzüberschreitender Migration und Nachbarschaft, regionalpolitischen Interessen und den Vorgaben der Nationalstaaten und vor allem Brüssels an.

In personalisierten Netzwerken erworbenes Vertrauen und Sozialkapital bestimmt nicht allein das wirtschaftliche, sondern das gesamte *soziale Handeln*, wie die Beiträge der letzten Gruppe deutlich machen. In ihrer empirischen Mikrostudie „Leisure Time, Friendship Groups, and Social Capital in Bulgaria“ kann die Ethnologin *Milena Benovska-Sábkova* die – im Verhältnis zu den Verwandtschaftsbeziehungen – deutliche Zunahme der Bedeutung von Freundschaft und Freundesgruppen seit der sozialistischen Periode herausarbeiten, ähnlich wie auch *Kirsti Jõesalu* und *Reet Ruusmann* in ihrem Beitrag „Personal Networks, Hobby Worlds, and Non-Profit Organisations as Sources of Social Capital“. Sie zeigen anhand biographischer Aussagen von Esten zudem auf, dass zivilgesellschaftliches Engagement weitgehend nur unter Studenten anzutreffen ist. Einen gesellschaftlichen Wandel stellt auch *Luba Herzánová* in ihrem Beitrag „Sind sie

sicher, dass Ihre Kinder immer für sie da sein werden?“ Soziales Vertrauen und Generationenbeziehungen in der Slowakei“ anhand der Frage fest, ob die Fürsorge für die Alten in der Familie oder im Altenheim geschieht, wobei der Vergleich mit Wien erhelltend ist.

In grundsätzlicher Weise nähern sich schließlich die beiden letzten Beiträge von *Predrag Marković* („Institutional Trust in Serbia: The Example of Belgrade Public Transportation“) und *Daniel Habit* („Zwischen Partizipation und Ablehnung. Die Rolle von Migrantengruppen im EU-Erweiterungsprozess am Beispiel der Russlanddeutschen“) dem Thema des Bandes. Während ersterer am Beispiel des Schwarzfahrens im öffentlichen Verkehr Belgrads während der Milošević-Herrschaft und danach einen engen Zusammenhang zwischen dem Funktionieren staatlicher bzw. kommunaler Institutionen, ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz und dem Alltagsverhalten der Bürger aufzeigt, verweisen die Ergebnisse des letzteren zu den Spätaussiedlern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion darauf, dass Barrieren in der deutschen Gesellschaft deren auf personalisiertem Vertrauen basierende Verhaltensweisen verstärken und damit die soziale Integration erschweren.

Soziales Vertrauen und Sozialkapital als grundlegende Elemente des Funktionierens von Gesellschaften sind, so dürfen wir zusammenfassen, in den Gesellschaften der „alten“ EU-Länder und Südosteuropas gleichermaßen vorhanden. Sie haben aber, so zeigen die hier vorgelegten empirischen Untersuchungen der Alltagsrealität, in beiden Räumen recht unterschiedliche Ausprägungen: Der Dominanz des abstrakten, institutionellen Vertrauens im Westen und der Möglichkeit, durch formelle Beziehungen und Leistung Sozialkapital zu gewinnen, steht in Südosteuropa eine weitestgehende Vorherrschaft personalisierter Sozialbeziehungen mit allen sich daraus ergebenden positiven und negativen Folgen gegenüber. Angesichts der Grundprinzipien der Europäischen Union ergibt sich die Frage, ob diese Dominanz persönlicher Netzwerke, in denen und durch die fast allein Sozialkapital erworben werden kann, beim Weg der Länder Südosteuropas in die EU als Ressource oder aber als Hemmnis wirkt. Sie kann erst durch die Entwicklung der nächsten Jahre beantwortet werden, doch scheint sicher zu sein, dass durch diese – historisch gewachsene und recht tief verankerte – soziale Logik die Angleichung an die Standards der EU nicht gerade erleichtert wird.

Die hier abgedruckten Beiträge zeigen Schwierigkeiten ebenso wie hoffnungsvolle Ansätze auf, belegen aber an erster Stelle, dass die aufmerksame begleitende Beobachtung der komplexen Prozesse des sozialen und kulturellen Wandels und der „Europäisierung von unten“ eine notwendige Aufgabe der Sozial- und Kulturwissenschaften ist. Der vorliegende Band soll – in Fortsetzung des vorhergehenden Bandes – vor allem diesem Ziel dienen.

Literatur

- BENOVSKA-SĂJKOVA, Milena 2005: Ist die „kleine Korruption“ wirklich klein? Eine Fallstudie im Bereich des Bildungswesens zur Zeit des Sozialismus und des Postsozialismus. In: K. Roth (Hg.), *Sozialismus: Realitäten und Illusionen. Ethnologische Aspekte der sozialistischen Alltagskultur*. Wien, 105–118.
- BENOVSKA-SĂJKOVA, Milena 2007: Friendship and Friendly Coalitions and Groups. Friendship as a Pattern of Social Relations. In: K. Roth (Hg.), *Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern*. Berlin, 277–302.
- COLE, John W. 1985: Culture and Economy in Peripheral Europe. In: *Ethnologia Balkanica* 15: 3–26.
- ČOLOVIĆ, Ivan 2005: Warum sind wir stolz auf den Balkan? In memoriam Dunja Rihtman-Augustin (1926–2002). In: Alfred Toepfer Stiftung, *Netzwerk Magazin Oktober 2005* (http://www.toepfer-fvs.de/fileadmin/user_upload/Netzwerk_Magazin/Magazin2/Colovic_Warum_sind_wir_stolz_auf_den_Balkan.pdf)
- CREED, Gerald W. 1995: The Politics of Agriculture: Identity and Socialist Sentiment in Bulgaria. In: *Slavic Review* 54, 4: 843–868.
- CREED, Gerald W. 1998: Domesticating Revolution. From Socialist Reform to Ambivalent Transition in a Bulgarian Village. University Park, PA.
- ELCHINOVA, Magdalena 2004: Bulgaria's Way to Europe. Some Aspects of Identity Construction among Bulgarian Students Today. In: *Ethnologia Balkanica* 8: 35–55.
- GIORDANO, Christian 2007: Privates Vertrauen und informelle Netzwerke: Zur Organisationsstruktur des öffentlichen Misstrauens. Südosteuropa im Blickpunkt. In: K. Roth (Hg.), *Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern*. Berlin, 21–49.
- LAUTH BACAS, Jutta 2004: Greek Attitudes towards EU Inclusion: Controversial Discourses of Belonging. In: *Ethnologia Balkanica* 8: 7–21.
- LUMANN, Niklas 2000: Vertrauen. Stuttgart.
- PETROVA, Ivanka, K. Roth 2006: „Europäisierung“ und Vergabe von EU-Miteln: Das Beispiel bulgarischer Unternehmen. In: H. Schubert (Hg.), „Europäisierung“ – Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs. München, Forst-Arbeitspapiere 38, S. 51–58.
- ROTH, Klaus 1995: Bürgertum und bürgerliche Kultur in Südosteuropa. Ein Beitrag zur Modernisierungsdiskussion. In: Ueli Gyr (Hg.), *Soll und Haben. Alltag und Lebensformen bürgerlicher Kultur*. Zürich, 245–260.
- ROTH, Klaus 1999: Praktiken und Strategien der Bewältigung des Alltagslebens in einem Dorf im sozialistischen Bulgarien. In: *Zeitschrift für Balkanologie* 35: 63–77.
- ROTH, Klaus (Hg.) 2007: Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern. Ethnologische und soziologische Untersuchungen. Berlin.
- TODOROVA, Maria 1997: *Imagining the Balkans*. Oxford.

- SCHUBERT, Gabriella, Holm Sundhaussen (Hg.) 2007: Pro- und antiwestliche Diskurse in Südosteuropa. München (im Druck).
- SCHUBERT, Helga (Hg.) 2006: „Europäisierung“ – Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs. München (Forost Arbeitspapiere 38).
- WOLF, Gabriele 2005: „Herrschaft“ und „Eigensinn“. Zur Analyse der realsozialistischen Alltagswelt. In: K. Roth (Hg.), Sozialismus: Realitäten und Illusionen. Ethnologische Aspekte der sozialistischen Alltagskultur. Wien, 87–101.